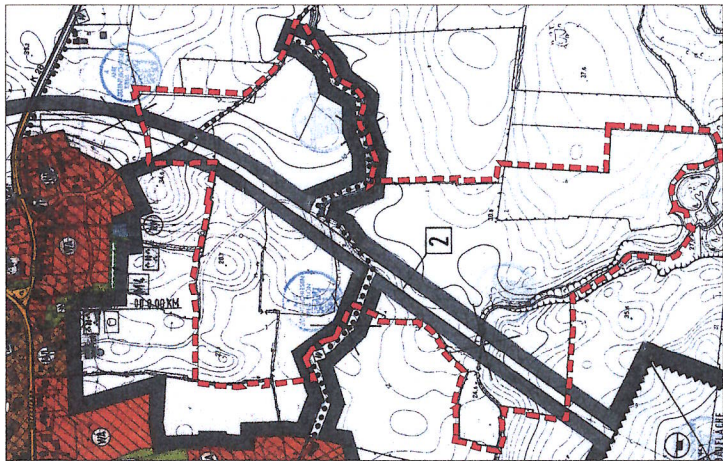


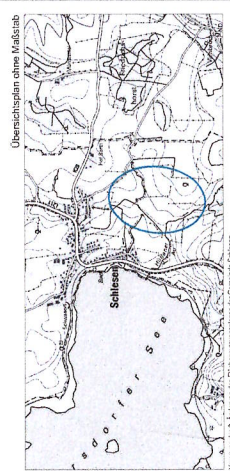


Verfahrensmerkmale:

1. Die Flächennutzungspläne der Gemeindeverteilung vom _____.
 Die erste Bekanntmachung des Aufwiesungsbeschlusses erfolgte in amtlichen
 ersatzliche Bekanntmachung am _____. Nr. ____/2021 vom ____.
2. Die flächige Beilegung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde nicht
 Bekanntmachung im amtlichen Bekanntmachungsblatt, Nr. ____/2021 vom ____
 _____ durch Auslegung für die Dauer eines Monats bis zum _____ durchgeführt.
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können,
 wurden gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 BauGB am _____ untersucht und zur Abgabe einer
 Stellungnahme aufgefordert.
4. Die Gemeindeverteilung hat am _____ den Entwurf der _____ Änderung des
 Flächennutzungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
 Die Entwurf der _____ Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Begründung haben in der
 Zeit vom _____ bis _____ während der Besuchszeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB
 _____ im _____ Amt der Gemeinde _____ im _____ Amt der Gemeinde _____
 Auslegungsort von Jedermann schriftlich oder zur Niederschrift gebührend gemacht werden können,
 durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt, _____ Nr. ____/2021 vom _____
 _____ ersichtlich bekannt gemacht.
5. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können,
 wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am _____ zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
 Die Gemeindeverteilung hat die abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der
 Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am _____ geprüft. Das Ergebnis wurde
 mitgeteilt.
6. Die Gemeindeverteilung hat die _____ Änderung des Flächennutzungsplanes am _____
 beschlossen und die Begründung durch Beschluss geteilt.
7. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat die _____ Änderung des
 Flächennutzungsplanes mit Bescheid vom _____ Nr. _____ (Erlassnr.)

10. Die Erteilung der Genehmigung der _____ Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Stufen, die der Plan mit der Begründung und der zuträffenden Erklärung auf Dauer während der Sperrfrist von _____ Jahren zu beibehalten sind, wird durch _____ Bescheid aus dem _____ Auskunfts erteilt. _____ Nr. _____ 2021 vom _____ ist aus dem _____ Bescheid bekannt gemacht. In der _____ Bekannmachung wurde auf die Möglichkeit einer Gekündung von Verfahren- und Formvorsätzen und Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen. Die _____ Änderung des Flächennutzungsplanes wurde mithin am _____ wirksam.

Name _____
Bürgermeister/in _____
Siegel _____



VORENTWURF

Berlinstag 22.01.2024

B2K
Architekten | Stuttgart

BCK K&H-Komplex-PlanG mBB
Schwäbisch Gmünd, 71034 Olden
Tel.: +49 7143 431 598 7460
info@B2K.de & www.B2K.de

GEZÜGT | Medizinalrätin gemäß Beschluss der Generalversammlung von

☐ Entwurf ☒ Ausführung ☐ Baubegleitung ☐ Eintragung